

Maßnahmen zur Armutsprävention und –bekämpfung in BaWü

Anrede

Dank für die Antwort der Landesregierung. Der Bericht ist sehr umfassend und differenziert.

Jenseits der nackten Zahlen wird schon in der Art der Berichterstattung eines sehr deutlich: grün-rot in Baden-Württemberg mit einer sozialdemokratischen Sozialministerin ist nicht gewillt, über die zunehmende Armutproblematik in unserem Land einfach hinwegzugehen.

Ja, wir haben ein Problembewusstsein im Hinblick auf die Frage, wie es denn um die Verteilung und um die Gerechtigkeit in unserem Land bestellt ist – die Verteilung von Einkommen und Vermögen aber auch die Verteilung von Chancen und Lebensperspektiven.

Da bereiten uns einige Entwicklungen der letzten Jahre Sorgen.

Uns berührt es, wenn wir die Menge an Menschen sehen, die in den Wintermonaten wieder an den Essensausgaben der Vesperkirchen Schlange standen.

Wir waren mit dem Sozial-AK unserer Fraktion und mit unserem Fraktionsvorsitzenden vor Ort in der Stuttgarter Vesperkirche, ein Steinwurf von den Stuttgarter Konsumtempeln aber auch der politischen und wirtschaftlichen Macht im Land entfernt; was wir an Not und Elend gesehen haben, war zum Teil erbärmlich.

Erbärmlich ist es, wenn wir bei Schulbesuchen Berichte hören, von Kindern, die hungrig zur Schule kommen, weil es zuhause kein Frühstück gibt.

Erbärmlich ist es, wenn uns die Sozialdienste berichten, dass alte Menschen ihre Wohnung wegen hoher Energiekosten nicht mehr heizen und deshalb ihre Zeit in Tagesstätten für Wohnungslose verbringen.

Die vielfältigen Eindrücke – und ich könnte weitere anfügen – sind eigentlich schon Grund genug, um die Hände nicht in den Schoß zu legen und aktiv gegen Armut und Elend vorzugehen.

Die Daten und Fakten, die wir dem Bericht entnehmen können, belegen zusätzlich, dass die Dinge, so wie sie sind, nicht in Ordnung sind und dass Handlungsbedarf besteht:

Wir stellen fest, dass unter Zugrundelegung der bundesdeutschen Einkommensverhältnisse die Armutsgefährdungsquote im Jahr 2011 in Baden-Württemberg bei 11,2% liegt – gemessen am Bundesmedian die geringste Armutsgefährdungsquote – erfreulich!

Es lohnt sich aber schon genauer hinzuschauen. Wenn wir dann richtigerweise die Einkommensverhältnisse in unserem Bundesland zugrunde legen, was aus unserer Sicht die richtige Bezugsgröße ist um die Dimension des Problems zu erfassen, liegt die Armutsgefährdungsquote bei 14,7%.

Die Armutsgefährdungsquote in BaWü liegt damit höher als in Mecklenburg-Vorpommern (13,9%) oder Sachsen (12,7%).

Jeder siebte Mensch in Baden-Württemberg ist von Armut bedroht – überproportional armutsgefährdet sind:

- Kinder und Jugendliche (18%)
- Junge Erwachsene (22,1%)
- Frauen (15,7%)
- Alleinerziehende (43,5%)
- Erwerbslose (53%)
- Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte (24%)
- Ältere Menschen (16,6%)

Ein Kernsatz zur Bewertung der vielen im Bericht genannten Indikatoren ist: „Für den einzelnen Betroffenen spielt es ohnehin keine Rolle, ob er statistisch gesehen zu wenigen oder vielen Armutsgefährdeten gehört; er erwartet von der Landesregierung zu Recht ein fundiertes Konzept gegen Armut.“

Das ist für mich eine zentrale Schlussfolgerung aus diesem Bericht und aus den erwarteten Ergebnissen des in Auftrag gegebenen Armuts- und Reichtumsberichts.

Wir stellen fest, dass es eine krasse Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen in unserem Land gibt und deshalb gilt es, Antworten auf die Frage nach einem Mehr an sozialem Ausgleich zu finden.

Das unterscheidet die grün-rote Landesregierung grundlegend von schwarz-gelb im Bund!

Zum Zeitpunkt der Beantwortung unseres Antrags lag ja die endgültige Fassung des 4. ARB der Bundesregierung noch nicht vor.

Mittlerweile wissen wir, welchen Stellenwert das Thema bei der Bundesregierung hat: gar keinen!

Die Bundesregierung will die bitteren Erkenntnisse, die trotz handwerklicher Mängel bei der Datenerhebung, dem Bericht zu entnehmen sind, nicht wahrhaben.

Sätze, die Bestandteil der Entwurfsfassung waren, wie „die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt“ oder „dass die Spreizung der Einkommen in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen hat“ oder die Feststellung, „dass diese Entwicklung den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet“, werden in der Endfassung einfach gestrichen.

Der Bundesregierung ist eine schöngefärbte Präsentation der sozialen Verhältnisse offensichtlich wichtiger als mit einer nüchternen Analyse, die notwendigen Voraussetzungen und Handlungsoptionen für ein Umsteuern in der Verteilungsfrage vorzulegen.

Der 4. ARB der Bundesregierung wurde deshalb nicht nur von der Opposition sondern auch von allen Sozialverbänden zu Recht heftig kritisiert.

Die Sozialverbände bei uns im Land nehmen sehr wohl wahr, dass die Landesregierung diesbezüglich einen anderen Ansatz verfolgt. Und die Verbände – als unsere Partner in Sachen Armutsprävention und Armutsbekämpfung - werden ja auch in die Berichterstattung und die Entwicklung von Konzepten und Maßnahmen zur Armutsprävention einbezogen.

Ein Beirat zum ersten ARB für BaWü hat sich konstituiert und tagt bereits. Er soll weiterentwickelt werden zu einem Landesbeirat für Armutsbekämpfung und –prävention.

Dieser Beirat begleitet auch unser Aktionsprogramm zur Armutsbekämpfung, das in die Berichterstattung eingebettet wird.

Der Armuts- und Reichtumsbericht wird nicht nur eine einmalige Angelegenheit sondern Teil eines öffentlich-ethischen Dialogs zur Frage von Armut und Reichtum und den Folgen sozialer Ausgrenzung.

Ich denke, diese Einbeziehung der Verbände und Sozialpartner kommt richtig gut an und ist ein weiterer Beleg für die dialogorientierte Politik der Landesregierung.

Unserer Sozialministerin gebührt dafür ganz ausdrücklich unser Dank.

Zufrieden sind wir auch mit den Maßnahmen und Initiativen, die bereits zur Armutsüberwindung in die Wege geleitet wurden. Im Bericht wird ausführlich darauf eingegangen.

Es sprengt den Zeitrahmen jetzt die Maßnahmen und Vorhaben einzeln zu diskutieren. Wichtig ist, dass die Handschrift deutlich wird:

Wir arbeiten an einer Verbesserung der Strukturen. Für die direkten Transferleistungen, die Menschen zumindest vor absoluter Armut bewahren sollen, ist der Bund zuständig und da müssen noch viele Hausaufgaben gemacht werden.

*Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU,
statt immer wieder das Thema „Landeserziehungsgeld“ aus der Klamottenkiste zu ziehen, sollten sie sich da mal an Ihre Bundesregierung wenden.*

- *Sprechen Sie doch mal ernsthaft über die Einführung eines echten Mindestlohns*
- *Sprechen Sie über die Festlegung einer Solidarrente*
- *Sprechen Sie über die Einführung einer eigenständigen Kindergrundsicherung*
- *Sprechen Sie darüber, dass das Bundeselterngeld gleichermaßen wie die unsägliche Betreuungsprämie auf SGB II-Leistungen angerechnet wird und deshalb den bedürftigsten Haushalten rein gar nichts bringt.*

Das gleiche Schicksal hätte dem Landeserziehungsgeld gedroht. Und wir werden nicht mit unseren knappen Landesmitteln den Bundeshaushalt sanieren.

Wir sind für die Rahmenbedingungen zuständig.

Was wir in zwei Jahren in Regierungsverantwortung zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur in unserem Land auf den Weg gebracht haben, kann sich dagegen sehen lassen:

Wir setzen an beim Thema „Bildung und Betreuung“, damit die Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen verbessert werden und sie bessere Aussichten haben, später durch eigenes Erwerbseinkommen die Armutsrisiken zu minimieren.

Wir setzen an beim Thema „Gute und sichere Arbeit“, damit die Menschen von dem, was sie mit ihrer Hände Arbeit verdienen auch leben können und damit, diejenigen, die auf Grund von Beeinträchtigungen vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt werden, neue Zugangschancen erhalten.

Im Übrigen ist ordentliche sv-pflichtige Arbeit auch die einzige Chance, um der drohenden Flut einer neuen Altersarmut Einhalt zu gebieten.

Wir setzen an beim Thema „Bezahlbarer Wohnraum“, damit auch einkommensschwache Mieter anständig wohnen können. Damit für diese Menschen wieder Wohnungen gebaut werden können, haben wir den sozialen Mietwohnungsbau den schwarz-gelb gekillt hat reanimiert.

Wir setzen an beim Thema „Geschlechtergerechtigkeit“, damit Frauen die gleichen Teilhabechancen bekommen und Einkommensgleichheit hergestellt wird und damit Beruf und Familie leichter zu vereinbaren sind.

Meine Damen und Herren,

in den genannten Handlungsfeldern gibt es noch einiges zu tun und wir bräuchten viel mehr Geld als wir haben, um alles, was in unserem Land in den vergangenen Jahren aus dem Lot geraten ist, wieder in Ordnung zu bringen.

Aber: wir sehen die Probleme; wir verschließen nicht die Augen; wir arbeiten an der Bekämpfung der sozialen Ungleichgewichte und der Not in unserem Land.

Ich denke, wir sind dabei auf einem guten Weg.

Vielen Dank!

Befunde / Kernindikatoren aus dem 4. ARB der Bundesregierung:

1. Ungleichverteilung der privaten Vermögen

2008: die untere Hälfte der Bevölkerung verfügt nur über 1,2% des Nettovermögens.

2003: waren es noch (ebenfalls bescheidene) 2,6%; d.h. Reduzierung um die Hälfte.

Die reichsten 10% besitzen 52,9% des Nettovermögens; einschließlich Betriebs- und Sachanlagen sogar 57,1%. 1970 besaßen die obersten 10% rund 44% des gesamten Nettovermögens. Allein in den letzten 20 Jahren hat sich das Nettovermögen der privaten Haushalte von knapp 4,6 auf rund 10 Billionen € mehr als verdoppelt. Allein von 2007 bis 2012 haben die reichsten Haushalte 1,4 Billionen € zugelegt.

2. Zunehmende Einkommensspreizung

Begrenzung der Managergehälter ist in der Diskussion – Spitze des Eisbergs. Die unteren 40% der Vollzeitbeschäftigten haben reale Entgeltverluste. Der Bericht betont zwar, dass sich die Spreizung abgeschwächt hat – aber das ist noch keine Trendumkehr. Ursächlich für die Abschwächung: konjunkturbedingte Zunahme der sv-pflichtigen Arbeitsverhältnisse und branchenbezogene Einführung eines Mindestlohns über das Entsendegesetz. Niedriglohnanteil dennoch bei 23%; nur im obersten Bereich ist die Lohnentwicklung signifikant steigend.

3. Armutsrisiko von Erwerbstätigen

Armutsrisiko ist von 7,7% (2003) auf 8,7% (2009) angewachsen. Stichwort „working poor“ – prekärer Arbeitsmarkt: Zeitarbeit, Werkverträge, Generation Praktikum, Minijobs, sachgrundlose Befristungen. 20.000 Menschen arbeiten in BaWä sv-pflichtig in Vollzeit und sind ergänzend auf SGB II – Leistungen angewiesen.

4. Steigerung des zu vererbenden Vermögensvolumens

Gegenläufig zur wachsenden Armut kommt es seit einem Jahrzehnt zu einer gewaltigen Steigerung des zu vererbenden Vermögensvolumens. In den nächsten 10 Jahren kann von mindestens 2,5 Billionen € ausgegangen werden. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Altersvorsorge entfällt allein ein Drittel des Gesamtvolumens auf die oberen 2% der Erben. Die Besteuerung dieses leistungslosen Einkommens ist mit jährlich einer Summe von 4 Mrd. € auf im Schnitt 250 Mrd. € Erbschaftsmasse historisch so niedrig wie nie zuvor.

5. Schrumpfung des Nettovermögens des Staates

Die Privilegierung reicher Erben mit dem Verzicht auf Erbschaftsteuereinnahmen trägt wie auch die Aussetzung der Vermögenssteuer seit 1996 und die Absenkung des Spitzensteuersatzes dazu bei, dass die Finanzierung des Gemeinwohls unzureichend bleibt. Die Finanznot des Staates hat sich verstärkt. Der 4. ARB hat festgestellt, dass das Nettovermögen des Staates in den letzten 20 Jahren um 800 Mrd. € geschrumpft ist. Insgesamt führte das zu einer spürbaren Einschränkung der Handlungsfähigkeit des Staates auf allen Ebenen und seiner Aufgabe für sozialen Ausgleich zu sorgen.

Die OECD berichtet, dass die Einkommensungleichheit in Deutschland seit 1990 erheblich stärker gewachsen ist als in allen anderen europäischen Ländern.

Die oberen zehn Prozent verdienen etwa achtmal so viel wie die unteren zehn Prozent.

Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung konnten im letzten Jahrzehnt ihren Anteil am gesamten Nettovermögen in der Größenordnung von 9 Billionen Euro von 58 auf 61 Prozent erhöhen.

Das reichste Prozent der Deutschen besitzt 23 Prozent des Nettovermögens. Die Statistik geht derzeit von 830.000 Vermögensmillionären aus.

Der „Global Wealth Report“ der Beratungsfirma Boston Consulting zählt aktuell 839 deutsche Haushalte mit einem Vermögen von mehr als 100 Millionen Dollar. Die Bundesrepublik rangiert damit auf Platz zwei, hinter den USA, vor Saudi-Arabien.

Die Reichen werden chronisch reicher. Die Armen bleiben arm.

Denn ganz anders sieht es am unteren Ende der Vermögenspyramide aus:

Mehr als zwei Drittel der Erwachsenen besitzen nur neun Prozent des Nettovermögens - jeder vierte besitzt kein Vermögen oder ist verschuldet.

Für die untere Hälfte der Bevölkerung hat sich in puncto Einkommen seit Jahrzehnten kaum etwas verändert. Die Reallöhne sind heute auf dem Stand von 1992.